



REPUBLIK ÖSTERREICH
BUNDESMINISTERIN FÜR INNERES

XXIII. GP.-NR

4935 IAB

2008 -11- 17

ZU 4987 IJ

Frau
Präsidentin des Nationalrates
Mag. Barbara Prammer
Parlament
1017 Wien

DR. MARIA FEKTER
HERRENGASSE 7
A-1014 WIEN
POSTFACH 100
TEL +43-1 53126-2352
FAX +43-1 53126-2191
ministerbuero@bmi.gv.at

GZ: BMI-LR2220/1659-III/1/b/2008

Wien, am 17. November 2008

Die Abgeordneten zum Nationalrat Mag. Maier, Parnigoni und GenossInnen haben am 18. September 2008 unter der Zahl 4987/J eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „Kriminalpolizeiliche Ermittlungen (inkl. Telefonüberwachung) gegenüber (Ersatz) Mitglieder des Untersuchungsausschusses und anderer Personen?“ an mich gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Zu Frage 1:

Auf Grund der allgemeinen Fragestellung können weder der angesprochene Personenkreis, insbesondere im Hinblick auf „MitarbeiterInnen des Klubs oder ExpertInnen“, noch die bezeichneten Schriftstücke abschließend bestimmt werden. Jedoch ist festzuhalten, dass gegen Mitglieder/Ersatzmitglieder des Untersuchungsausschusses keine polizeilichen Ermittlungen geführt wurden.

Zu den Fragen 2 bis 3 sowie 6 und 8:

Die Beantwortung dieser Fragen fällt nicht in den Vollzugsbereich des Bundesministeriums für Inneres.

Zu den Fragen 4 und 5:

Auf Grund der allgemeinen Fragestellung können weder der angesprochene Personenkreis, insbesondere im Hinblick auf „MitarbeiterInnen des Klubs oder ExpertInnen“, noch die bezeichneten Schriftstücke abschließend bestimmt werden. Jedoch ist festzuhalten, dass gegen Mitglieder/Ersatzmitglieder des Untersuchungsausschusses keine Telekommunikationsüberwachung nach der StPO beantragt wurde.

Zu Frage 7:

Auf Grund der allgemeinen Fragestellung können weder der angesprochene Personenkreis, insbesondere im Hinblick auf „MitarbeiterInnen des Klubs oder ExpertInnen“, noch die bezeichneten Schriftstücke abschließend bestimmt werden. Jedoch ist festzuhalten, dass gegen Mitglieder/Ersatzmitglieder des Untersuchungsausschusses keine Auskunftverlangen gem. § 53 Abs. 3a und 3b SPG gestellt wurden.

A handwritten signature in black ink, appearing to be 'A. Felber', is centered on the page.